

vor allem drei Argumente verwendet: 1. Die politische Krise Italiens läßt es notwendig erscheinen, daß feste Frontbildungen aufgelöst werden. Das macht es dringend notwendig, daß Katholiken möglichst in allen politischen Lagern vertreten sind. In dieser Präsenz sehen sie einen „Erweis von Vitalität“. 2. Zwischen ihrer Kirchenzugehörigkeit und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung sei ein klarer Trennungsstrich zu ziehen. Das verlange der politische Pluralismus, zu dem sich besonders durch das Zweite Vatikanum auch die Kirche bekenne. 3. Die kommunistische Partei habe sich in Richtung Demokratie

entwickelt, er ändere sich mit der sich verändernden italienischen Gesellschaft. Dieser Prozeß solle nicht blockiert, sondern gefördert werden. Was ihnen vorschwebt, ist offenbar eine Regierung der nationalen Einheit unter Einschluß der bzw. unter führender Beteiligung der Kommunisten. Davon erwarten sie einen Wiederaufschwung des Landes in Unabhängigkeit von West und Ost. Bezeichnend ist, daß in diesen Hoffnungen deutlich nationalistische Argumente mitschwingen. Sie verstehen sich als Vermittler zwischen den großen Blöcken, sind aber auf die Dauer wohl so oder so zum politischen Sektierertum verurteilt. E. U.

ältesten vietnamesischen Bischof in den Kardinalsrang zu erheben. Ebenso weitblickend war es, der voraussichtlichen politischen Entwicklung entsprechend, Hanoi kirchlicherseits herauszuheben und damit zwangsläufig zum künftigen Zentrum auch der Katholiken eines wiedervereinigten Vietnam zu machen. Besonders diese Geste dürfte bei den vietnamesischen Kommunisten auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Aber auch das Verhalten und die öffentlichen Erklärungen der Bischöfe Nordvietnams in den letzten Jahren und der Bischöfe Südvietnams seit dem 30. April vorigen Jahres haben bestimmt nicht unwesentlich die nachgiebigere Haltung der politischen Führung Hanois beeinflusst. Schließlich kann man den ganzen Vorgang auch als Versuch Roms ansehen, die Ungeschicklichkeit bei der Ernennung des Koadjutors für den Erzbischof von Saigon, des Diem-Neffen *Nguyen Van Thuan*, eine Woche nach der Kapitulation (vgl. HK, Juli 1975, 324) wettzumachen. Das Ausreisevisum für den Erzbischof von Hanoi wäre die Honorierung dieser Bemühungen des Vatikans. Nicht unerheblich ist sicherlich auch der Nationalstolz der Vietnamesen gewesen, daß einem von ihnen eine hohe Auszeichnung zuteil wird. Zudem konnte Hanoi einer guten Presse gewiß sein und die vielen noch kurz vor der Kapitulation des Südens kursierenden Gerüchte über blutige Verfolgung gerade der Katholiken zunächst einmal Lügen strafen.

Gerade auf diesem Hintergrund erscheint die vom Nachrichtenmagazin „Time“ (7. 6. 76) verbreitete Version über die Ausreise unglaubwürdig und wenig überzeugend. Demnach soll der Erzbischof in Rom wörtlich gesagt haben: „Als ich Hanoi verließ, wurde ich von Regierungsvertretern gefragt, weshalb ich nach Rom gehe. Ich sagte ihnen wahrheitsgemäß, daß ich es nicht wisse, obwohl ich mich vage selber fragte: „Könnte ich vielleicht gerufen werden, um Kardinal zu werden?““ Nach dem Konsistorium soll er nach derselben Quelle hinzugefügt haben: „Ich hoffe, daß sie mir glauben, wenn ich ihnen erzähle, daß ich den Grund für meinen Ruf nach Rom nicht kannte.“ Aus weiteren Gesprächen

Ein Kardinal und die Situation in Vietnam

Die Ernennung des Erzbischofs von Hanoi, *Trin-nhu-Khuê*, zum Kardinal hat weltweit Überraschung ausgelöst. Während die Mutmaßungen und Gerüchte um die beiden „in pectore“ ernannten Kardinäle teilweise auch um den Erzbischof von Saigon, *Nguyen Van Binh*, kreisten, war der Hanoier Erzbischof überhaupt nicht in die Spekulationen einbezogen worden. Um so größer war das Erstaunen, als Papst *Paul VI.* während des Konsistoriums am 23. Mai den nordvietnamesischen Bischof als zwanzigsten neuen Kardinal vorstellte. Dieser war erst am Abend zuvor in Rom eingetroffen und trug noch die Bischofskleidung. Selbst der „Osservatore Romano“ schien nicht genügend auf dieses Ereignis vorbereitet zu sein, da er am 24. Mai zwar Fotos und Lebensläufe der 19 anderen Kardinäle veröffentlichte, den Erzbischof von Hanoi aber nur mit einer kleinen Notiz bedachte. Fotos von dem neuen Kardinal gab es wegen der jahrelangen Abkapselung Nordvietnams anscheinend nicht.

Mutmaßliche Beweggründe

Um die Ernennung und Ausreiseerlaubnis ranken sich erwartungsgemäß

ebenfalls viele Gerüchte. Festzustehen scheint, daß von Rom schriftlich an den Erzbischof eine Einladung zur Teilnahme am Konsistorium erging und daß dieser mit dem Schreiben bei der Regierung in Hanoi um die Genehmigung zur Reise nach Rom nachsuchte. Daß die Erlaubnis innerhalb kurzer Zeit erteilt wurde, läßt sowohl auf Auswirkungen einer innervietnamesischen Klimaänderung zwischen Staat und Kirche als auch auf vorausgegangene Kontakte zwischen dem Vatikan und Hanoi schließen, die ja während des Vietnamkrieges bereits geknüpft waren. Wenn die humanitäre Hilfe kirchlicher Organisationen für Nord- und Südvietnam in den vergangenen Jahren wohl auch niemals mit dem Hintergedanken einer dadurch eventuell zu erreichenden Verbesserung der Lage der Kirche geleistet wurde, so kann man jetzt doch sagen, daß dieser selbstlose Einsatz das Ansehen der Kirche gesteigert, manche Vorurteile abgebaut und den Weg für die nun erstmals eingeräumte Bewegungsfreiheit gebahnt hat.

Eine Reihe anderer Beweggründe und Überlegungen dürfte dabei ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Der Papst war gut beraten, sich an das asiatische Prinzip zu halten, das Alter zu berücksichtigen und zu ehren, d. h. den

mit dem neuen Kardinal, der Interviews von vorneherein grundsätzlich ablehnte, ließ sich eine Bestätigung dieser Version jedenfalls nicht gewinnen. Von diesen Informanten weiß man auch, daß die Ausreise keineswegs – wie verschiedentlich vermutet wurde – nur genehmigt wurde, damit Hanoi einen „Querulanten“ los würde, der mit einem Amt in der Kurie bedacht werden sollte. Vielmehr wünschte Kardinal Trin-nhu-Khuê bald in seine Heimatdiözese zurückzukehren. Lediglich einige Orte wie Lourdes und Lisieux will er vorher noch besuchen.

Mut in der Vergangenheit

Der Kardinalsernenennung und der *indirekten Zustimmung durch die politische Führung* in Hanoi kommt schon deshalb besondere Bedeutung zu, weil damit auch innerkirchlich in Nordvietnam eine neue Ausgangsposition geschaffen ist. Denn ohne daß dies ausdrücklich erwähnt worden ist, bedeutet die Zustimmung gleichzeitig eine Rückstufung der seit Jahren mit der Regierung zusammenarbeitenden „Nationalen Union patriotischer und friedliebender Katholiken“, die bisher bestimmend für das Bild der Kirche Nordvietnams im Ausland waren. Ihnen hatte man die einzige katholische Publikation zugestanden („Chinh Nghia“ – „Gerechte Sache“), sie vertraten die Katholiken des Nordens im Ausland. Dem neuen Kardinal standen sie immer reserviert gegenüber. Der Ende 1899 geborene Trin-nhu-Khuê wurde 1933 zum Priester und 1950 zum Bischof geweiht. Von 1950 bis 1960 war er als Apostolischer Vikar in Hanoi, ab 1960 als Diözesanbischof von Hanoi tätig. Seit 1950 lebte er fast ständig isoliert und in seiner Bewegungs- und Aktionsfreiheit stark eingeschränkt. Lange Zeit stand er unter einer Art Hausarrest, und Außenkontakte durfte er ebensowenig wahrnehmen wie Konsultationen mit den anderen Bischöfen oder Visitationen innerhalb seiner Diözese. Schon bald nach seiner Bischofsweihe sah er sich zusammen mit den anderen Bischöfen Vietnams zu einer eindeutigen Verur-

teilung des Kommunismus veranlaßt. Im November 1951 verabschiedeten sie einen *Hirtenbrief*, der bisher von seiten der Kommunisten als Haupthindernis für ein Einlenken des Regimes angesehen wurde. Darin hatten die Bischöfe von ihrer Pflicht gesprochen, die Gläubigen vor der schweren Gefahr des Kommunismus zu warnen. Es bestehe der größte Widerspruch zwischen der katholischen Kirche und dem Kommunismus. Es sei nicht nur verboten, der KP anzugehören, ebensowenig könnten Christen mit ihr zusammenarbeiten oder etwas tun, was die kommunistische Partei an die Macht bringe. Der Brief wurde bis heute nicht zurückgenommen, doch verschiedene andere Äußerungen machten den von den Umständen erzwungenen Wandel deutlich. Und damit änderte sich das gesamte Verhältnis zwischen Staat und Kirche ebenso wie der Stellenwert einzelner Gruppierungen innerhalb der Kirche. Obwohl der Erzbischof sich 1954 entschieden gegen die Abwanderung der Katholiken in den Süden wandte (womit er erreichte, daß aus dem Bereich des Apostolischen Vikariats Hanoi – statt durchschnittlich 80 Prozent bei den anderen Bistümern – nur 30 Prozent flüchteten), wurde er z.B. 1956 von den „Patrioten“ heftig wegen seiner Weihnachtsbotschaft kritisiert, in der er an das Gebot der Nächstenliebe und des Verzeihens erinnert hatte. Der Vatikan wurde von dieser Vereinigung stets als „imperialistisch“ und „Sklave der Amerikaner“ hingestellt. Der Erzbischof seinerseits galt lange Zeit als unerschrocken. Viele Anliegen und Ansichten der Bischöfe, die sich anders nicht äußern durften, wurden durch seine *mutigen Predigten* weitergegeben. Anfang 1963 griff er dabei z.B. einen Artikel der Zeitschrift „Chinh Nghia“ heftig wegen verlogener Berichterstattung über das Konzil an.

Zeichen einer Entspannung?

Zum Konzil selbst durfte keiner der nordvietnamesischen Bischöfe ausreisen. Das Dauerbombardement des

Nordens durch die Amerikaner führte zu einem Stimmungsumschwung unter den Katholiken, die Konfrontation zwischen Kirche und Staat machte einer teilweisen Kooperation Platz. Die kommunistische Seite entdeckte zudem die für ihre Ziele *positiven Elemente des Zweiten Vatikanums*. Wichtige Zeichen für eine Auflockerung waren der Empfang des Bischofs von Vinh, *Nguyen Nang*, im März 1971 durch den Ministerpräsidenten und die Ausreiseerlaubnis für den Erzbischof-Koadjutor von Hanoi, *Joseph Marie Trin van-Can*, im Herbst 1974 zur Teilnahme an der römischen Bischofssynode. Schließlich am 31. Dezember 1975 der bisher bedeutsamste Versuch seitens der Kirche, die Kontakte zu normalisieren, als sich Erzbischof Trin-nhu-Khuê an die Spitze einer Bischofsdelegation zu Ministerpräsident *Pham Van Dong* begab, um diesem und der gesamten Regierung die besten Wünsche zum neuen Jahr auszusprechen. Der Erzbischof von Hanoi sprach bei dieser Gelegenheit von Begeisterung über die Befreiung und Unabhängigkeit und vom tief empfundenen Dank an den verehrten verstorbenen Präsidenten *Ho Chi Minh*.

Praktische Auswirkungen dieser Entspannung zeigten sich darin, daß ein *Priesterseminar* wieder geöffnet werden durfte und nach mehrjähriger Wartezeit im vergangenen Jahr die Erlaubnis zur Weihe von zwei neuen Bischöfen erteilt wurde. Jetzt sind wieder alle Bischofssitze (1 Erzbistum, 9 Bistümer) mit einheimischen Bischöfen besetzt, doch ist die Kommunikation zwischen ihnen noch sehr gering. Die ca. 800 000 Katholiken im Norden sind erst vor kurzer Zeit mit der Liturgiereform bekanntgemacht worden, theologische und kirchlich-religiöse Impulse des Konzils konnten bisher kaum bis in die Gemeinden durchdringen. Hier besteht ein großer Nachholbedarf. Besonders im Hinblick auf eine sicherlich in absehbarer Zeit zu erwartende gemeinsame Bischofskonferenz eines wiedervereinigten Vietnam dürfte diese Aufarbeitung von großer Bedeutung sein. Im Süden mit seinen rund 2 Millionen Katholiken bestand zwar die Möglich-

keit, die Konzilsdekrete in die Praxis umzusetzen, doch in der politischen Szenerie der Thieu-Ära hielt es die Kirche nicht für opportun, allzu großes Gewicht darauf zu legen. Insofern ist die Ausgangslage der beiden Teile gar nicht so unterschiedlich.

Der Erzbischof-Koadjutor Trin van-Can, der 22 Jahre jünger als der neue Kardinal ist und 1963 mit dem Recht der Nachfolge zum Bischof ernannt wurde, gab verschiedentlich zu Gerüchten und Spekulationen Anlaß, er liege mehr auf der Regierungslinie und sei im Grunde der eigentliche Gesprächspartner für die politische Führung. Über ihn liefen die wichtigsten Auslandskontakte, er durfte 1974 nach Rom reisen. Welche Rolle er wirklich spielt, ist nur schwer herauszufinden. Viele Interpretationen der Vergangenheit gelten mittlerweile als überholt und unrichtig. So soll 1974 bewußt der Ausreiseantrag für den Koadjutor gestellt worden sein, um einmal grundsätzlich die Reaktion zu testen und den Erzbischof für den Fall einer Ablehnung nicht unnötig zu belasten. Daß der Koadjutor jetzt ebenfalls nach Rom gekommen ist, soll auf die persönliche Initiative des neuen Kardinals zurückzuführen sein.

Es dürfte von großem Interesse sein, welchen Spielraum die Regierung den „patriotischen“ Katholiken in Zukunft einräumen wird. Aus Gründen einer effektiven Kontrolle und einer verstärkten Integration des nicht unbedeutenden katholischen Bevölkerungsteils ist der politischen Führung derzeit wohl mehr an *Kontakten zur offiziellen Kirche* gelegen. Fast parallel zur indirekten Desavouierung der „patriotischen“ Katholiken durch die Billigung der Kardinalernennung seitens der Regierung gab es im Süden die erste offene Kritik an der von „linken“ Katholiken herausgegebenen Zeitung „Tin Sang“ und besonders an ihrem prominenten Mitherausgeber *Ngo Cong Duc*, einem früheren Senator und einem Neffen des Saigoner Erzbischofs (China News Analysis, Vietnam Quarterly Report Nr. 60, 12. 3. 76). Inzwischen soll es nach Aussagen des ersten Vertreters einer kirchlichen Hilfsorganisation, der seit

Kriegsende sowohl Nord- als auch Südvietnam besuchen durfte, des Generalsekretärs des „Comité catholique contre la faim et pour le développement“, *Menotti Bottazzi*, in Hanoi zu einer offensichtlichen Annäherung zwischen der Hierarchie und den „patriotischen“ Katholiken gekommen sein (La Croix, 6. 6. 76).

Von Kardinal Trin-nhu-Khuê selbst war nur wenig zu erfahren. Bei einem Gespräch mit einer amerikanischen Bischofsdelegation in Rom erwähnte er lediglich den fortbestehenden „starken Glauben“ der nordvietnamesischen Katholiken. Er interessierte sich für die Situation der jetzt in den USA lebenden vietnamesischen Flüchtlinge und antwortete auf die Frage, welche Hilfe die amerikanischen Katholiken anbieten könnten, lediglich: „Sie können für uns beten, so wie wir es für sie tun“ (NCNS, 27. 5. 76).

Weitere Entwicklung noch unklar

Papst *Paul VI.*, der den Kardinal am 4. Juni in einer Privataudienz empfing, bezog in seine in französischer Sprache gehaltene Begrüßung „die ganze Kirche in Vietnam“ mit ein: „all unsere Brüder und Schwestern, die über das ganze Land verteilten katholischen Gemeinschaften, die christlichen Familien, die ihren Glauben leben und weitergeben wollen“ (Osservatore Romano, 5. 6. 76). Bei dieser Gelegenheit sagte der Papst auch, in der schlimmsten Phase des Vietnam-Krieges habe es einen Tag gegeben, an dem er den Wunsch gehegt habe, persönlich die leidgeprüfte Bevölkerung Vietnams zu besuchen, um mit ihr und für sie um den ersehnten Frieden zu beten. Die aktuelle Situation der Kirche in Vietnam erwähnte der Papst nur in Nebensätzen. Noch scheint auch für Rom die Entwicklung insgesamt unklar zu sein. Der sehr zurückhaltende Protest nach der Ausweisung des Apostolischen Legaten aus Saigon im vorigen Jahr unterstreicht die grundsätzlich abwartende Haltung des Vatikans.

Inzwischen trat im Süden auch der Erzbischof von Saigon wieder mit ver-

schiedenen Äußerungen an die Öffentlichkeit, die zu einer Beschreibung der Lage der Kirche beitragen sollen. Anlässlich der Wahlen in ganz Vietnam veröffentlichte er einen Hirtenbrief, in dem er darauf verwies, die Kirche wolle keine politische Kraft sein, sondern lediglich am Gemeinschaftsleben der Nation teilhaben. Es sei für die Kirche notwendig, den Geist, das Ideal und die Aktionsprinzipien der gegenwärtigen Revolution zu verstehen. Dazu seien Studium, Dialog und Reflexion dringend erforderlich: „Indem wir an den Vorhaben unserer Nation teilnehmen, erkennen wir die Autorität der Revolution an. Dies ist es, was das Konzil als ‚solidarisch mit der Geschichte sein‘ bezeichnete.“ Eindringlich warnte er davor, eine Kirche des Schweigens sein zu wollen. Statt dessen müsse die Kirche eine missionarische Kirche sein, die das Evangelium in der gegenwärtigen historischen Situation des vietnamesischen Volkes verbreitet (SNOP-Dokument, 14. 4. 76).

In einem Interview mit dem französischen Fernsehen dagegen räumte er ein, daß sich die Anpassung der Katholiken an die neuen Realitäten „nicht ohne Befürchtungen“ vollziehe. Viele Christen fragten sich, ob eine Koexistenz mit Landsleuten möglich sei, für die der Atheismus „nicht nur ein verschwommener Grundsatz“ sei.

Das Bild bleibt insgesamt verworren. Während der Erzbischof jede Konfrontation zu vermeiden sucht, will „Missi“ (Mai 1976) von der Verhaftung mehrerer Priester und zweier Bischöfe wissen, während die Dominikaner aus Vietnam von „Arbeit unter einigermaßen zufriedenstellenden Verhältnissen“ berichten (Fides, 14. 4. 76), ist auf evangelischer Seite von einer „Skala versteckter Repressalien“ die Rede (epd, 27. 4. 76). Die Bischöfe Australiens schließlich wandten sich Anfang Juni an ihren Premierminister mit der Bitte, sich um neue Informationen über den kurz nach seiner Ernennung im vorigen Jahr aus Saigon abgeschobenen Koadjutor des Erzbischofs von Saigon zu bemühen, von dem seit dem 19. März keine Nachricht mehr vorliegt (NCNS, 2. 6. 76).

Ökumenische Manöverkritik nach Nairobi

Ein halbes Jahr nach der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi und wenige Monate vor der Tagung des neugewählten Zentralaussschusses Mitte August in Genf, wo die Arbeit der Vollversammlung durch die endgültige Festlegung der Programmrichtlinien recht eigentlich erst abgeschlossen werden soll, hat der Generalsekretär des ÖRK, *Philip Potter*, eine zusammenfassende Bewertung der Konferenz gewissermaßen im „Rückspiegel“ veröffentlicht (vgl. Evangelische Kommentare, Mai 1976). Wie schon damals in Nairobi charakterisiert Potter die gegenwärtige Situation der Ökumene als einen „Weg durch die Wüste“. Er spricht von den „harten Realitäten unserer Welt und unserer Kirchen“, die die Erfüllung großer Erwartungen immer noch verhindern, weist aber die Versuchung zur Resignation zurück: „Wir waren und sind fähig, zusammenzubleiben, zusammenzustehen und auch zusammen zu leiden, weil wir in der Wüste eine gemeinsame Hoffnung haben, eine Hoffnung, die sich im Handeln äußert.“ Vier Schwerpunkte haben sich nach Potter in der Arbeit der Vollversammlung abgezeichnet: die *christozentrische Ausrichtung*, die der Grund dafür gewesen sei, daß es kaum wirklich trennende Konflikte gegeben habe; die *Weigerung, Glauben und Handeln voneinander zu trennen* („Wir bekennen Jesus Christus im Handeln, und unser Handeln ist ein Ausdruck unseres Glaubens und muß als solcher erkennbar werden“); die – wenn auch zögernde – *Bereitschaft, sich den Herausforderungen der kommenden Jahre zu stellen* (in Fragen von Theologie und Spiritualität ebenso wie in Sachen Politik, Gesellschaft, Ökologie); die *Betonung der Rolle der Gemeinde bzw. der Ortskirche* für die ökumenische Bewegung. Für die weitere Arbeit sei unabdingbar, „daß wir lernen, globale Strategien und die vor Ort empfundenen Bedürfnisse untereinander zu vermitteln“, und „daß wir der Versuchung widerstehen, das Volk Gottes in Lager und Parteien aufspalten zu lassen“.

Wohlwollen seitens der EKD

Diese beiden Desiderate Potters stehen unausgesprochen auch hinter dem „Wort des Rates der EKD zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi“ (epd-Dokumentation 10a/76). Diese bereits im Februar verabschiedete umfangreiche Stellungnahme der EKD sieht in der Konferenz von Nairobi eine „ökumenische Ermutigung“. Es habe sich gezeigt, „daß im Ökumenischen Rat eine Gemeinschaft von Kirchen entstanden ist, in der tiefgreifende Gegensätze und Spannungen kraft der uns alle verpflichtenden Christusliebe offen besprochen und ausgehalten werden können“. Die „gegenseitige kritische Befragung nach dem Verständnis des biblischen Zeugnisses und das Eingeständnis eigenen Versagens vor den anderen“ hätten zu einer „Festigung der ökumenischen Gemeinschaft“ beigetragen. Als weitere positive Daten werden der geistliche und gottesdienstliche Charakter der Vollversammlung sowie die „Gemeindenähe“ genannt, die hoffen lasse, daß die ökumenische Bewegung in Zukunft den Gemeinden noch näher gebracht werden könne.

In der Perspektive der drei in Nairobi formulierten allgemeinen Ziele der weiteren Arbeit (Verwirklichung wahrhaft ökumenischer Gemeinschaft, Bekennen des Glaubens in der heutigen Zeit, Kampf um wahre Menschlichkeit) werden *Ergebnisse der Vollversammlung* gewürdigt und einige Aufgaben skizziert. Es wird bestätigt – worin sich bereits die Berichterstattung aus Nairobi enig war (vgl. HK, Februar 1976, S. 93ff) –, daß „der im letzten Jahrzehnt zurückgetretene oder aber im Sinne gesellschaftspolitischer Veränderung interpretierte evangelistisch-missionarische Auftrag wieder an Eindeutigkeit, Profil und Gewicht“ gewonnen habe. „Forderungen nach einer klareren biblisch-theologischen Grundlegung im Reden und Handeln des Ökumenischen Ra-

tes sind in Nairobi weitgehend zur Geltung gekommen.“ Die „*Unteilbarkeit der Mission*“ als Auftrag zur Weltevangalisation und Verpflichtung zu sozialer Weltverantwortung sei in Nairobi nachdrücklich betont worden. Was das politische Zeugnis betrifft, so sei die in Uppsala 1968 noch herrschende Überzeugung, die Ökumene könne einen raschen und entscheidenden Beitrag zur Schaffung einer gerechteren Weltordnung leisten, „in Nairobi einer nüchternen, selbstkritischen Einschätzung des eigenen Vermögens gewichen“ – was aber kein Nachlassen im Eintreten für Gerechtigkeit und Versöhnung in der Welt nach sich ziehen dürfe. In diesem Zusammenhang wird der in Nairobi geprägte Terminus von der „kämpferischen Spiritualität“ gewürdigt, der die Forderung beinhaltet, „das geistliche Leben des Christen und sein Engagement in den Spannungsfeldern der Welt... zu einer geistlichen Weise des Kampfes um Freiheit und Gemeinschaft zu verbinden“.

Auf dem Hintergrund dieser Ergebnisse von Nairobi formuliert der Text sich daraus ergebende *Aufgabenstellungen für die Arbeit der EKD* und ihrer Gliedkirchen. Wegen der Notwendigkeit eines gemeinsamen Christuszeugnisses ergeht die Aufforderung, den „evangelistisch-missionarischen Auftrag wo immer möglich zusammen mit den anderen christlichen Kirchen in unserem Land“ wahrzunehmen, den Begriff der „konziliaren Gemeinschaft“ theoretisch und praktisch zu erproben und konkrete Schritte ins Auge zu fassen, die sich aus den bisher erreichten Lehrübereinstimmungen ergeben. Im Sinne der „Abwehr eines unbiblischen Synkretismus“ wird empfohlen, im Dialog mit Andersdenkenden, „den zentralen Gehalt der christlichen Verkündigung immer neu in Klarheit zur Geltung zu bringen“. Natürlich wird auch die Beschäftigung mit dem Thema Menschenrechte, mit der Gleichberechtigung der Frau, mit dem Kampf gegen rassistische Diskriminierung und mit Bewußtseinsbildung zugunsten der Entwicklungsländer gefordert. Besonderen Nachdruck legt der Text auf die Berücksichtigung der „bewußt-